

Von verschiedenen Seiten sind wir im Gemeinschaftswerk nach einer Orientierungshilfe in den aktuellen politischen Herausforderungen – besonders durch den Erfolg der Partei „Alternative für Deutschland“ (AfD) – gefragt worden. Im Gesamtvorstand haben wir uns diesen Anfragen gestellt, sie eingehend besprochen und dann die folgende Erklärung erarbeitet. Wir empfehlen sie zum Gespräch in den Gemeinschaften und sind auch selber zum Gespräch über diese Fragen bereit.



## **Unsere politische Verantwortung als Christen und die AfD – eine notwendige Abgrenzung**

Eine Stellungnahme des Gesamtvorstands des Gemeinschaftswerks Berlin-Brandenburg

Die Evangelische Kirche und die Katholische Kirche haben sehr deutlich erklärt, dass sie die Zugehörigkeit zur AfD für unvereinbar halten mit einer verantwortlichen Mitarbeit in der Kirche. Für den Gnadauer Verband hat Präses Steffen Kern in seinem letzten Bericht die Unvereinbarkeit von Nachfolge Jesu und Rassismus betont. Die Mitgliederversammlung hat das am 17. Februar 2024 einstimmig bekräftigt: „Jesus-Nachfolge und die rassistische Verachtung von Menschen schließen sich aus“.

Der Gesamtvorstand des Gemeinschaftswerks schließt sich diesem Gnadauer Votum an. Gleichzeitig wollen wir keine Unvereinbarkeitsbeschlüsse fassen – in der Hoffnung, dass sich die Unvereinbarkeit am Ende von selbst versteht. Es soll nicht um eine konkrete Wahlempfehlung für die anstehenden Wahlen gehen, wohl aber um eine klare Empfehlung, seine Stimme *nicht* der AfD zu geben und diese Partei auch nicht auf andere Weise zu unterstützen. Auch wir wollen nicht schweigen, denn: „Wer schweigt, fördert, was im Gange ist“ (Gustav Heinemann).

Wir nehmen wahr, dass die AfD für manche Christen eine gewisse Attraktivität hat. Sie sehen sich durch andere Parteien politisch nicht (mehr) repräsentiert, mit dem einen oder anderen Thema (z.B. Abtreibung, Gender-Sprache) gelingt es der Partei, sich einen christlich-konservativen Anschein zu geben. Leider sind manche Christen auch nicht immun gegen autoritäres Denken und Fremdenfeindlichkeit. Insgesamt ist die AfD eine Partei, die *nicht* von einem *christlichen*, sondern von einem *völkisch-nationalistischen* Menschenbild geprägt ist.

Es gibt auch bei den anderen Parteien Gründe, die für oder gegen ihre Unterstützung sprechen. Bei jeder Wahlentscheidung stehen wir vor der Frage, welcher Partei wir am ehesten zutrauen, für das Wohl aller Menschen in unserem Land zu arbeiten. Dabei fragen wir nach ihren Positionen zu Krieg und Frieden, wirtschaftlicher Stabilität und sozialer Gerechtigkeit, zum Schutz des ungeborenen Lebens und der Schöpfung, der Verantwortung für die Menschen in unserem Land und in aller Welt – und vermeiden Einseitigkeiten.

Der AfD trauen wir nicht zu, für das Wohl aller Menschen in unserem Land zu arbeiten. Ihre Vertreter haben oft genug deutlich gemacht, dass sie dies auch gar nicht wollen. In zahlreichen öffentlichen Äußerungen hat die Partei ihre Verachtung für Menschen nichtdeutscher Herkunft, vor allem derer mit muslimischem Glauben, und ihre Distanz zum demokratischen Rechtsstaat zum Ausdruck gebracht. Das Oberverwaltungsgericht Münster hat in seinem Urteil vom 13. Mai 2024 bestätigt, dass der Verfassungsschutz die AfD und ihre Jugendorganisation zu Recht als Verdachtsfall ansieht und nachrichtendienstlich beobachtet. In seiner Urteilsbegründung sieht der 5. Senat des Gerichts „tatsächliche Anhaltspunkte dafür ..., dass die AfD Bestrebungen verfolgt, die gegen die Menschenwürde bestimmter Personengruppen sowie gegen das Demokratieprinzip gerichtet sind“ (Pressemitteilung OVG NRW vom 13. Mai 2024). Unter den im Bundestag vertretenen Parteien ist die AfD die einzige Partei, deren Politik von einer derart offenen Menschenfeindlichkeit und Distanz zur demokratischen Staatsform geprägt ist.

Das Gebot der Nächstenliebe aber ist für uns Christen verbindlich – für Jesus ist es zusammen mit dem Gebot der Gottesliebe das höchste Gebot. Seine Auslegung dieses Gebots im „Gleichnis vom barmherzigen Samariter“ macht deutlich, dass es sich auf *alle* Menschen bezieht und keine Grenzen von Nation oder Religion kennt (Lk 10,25-37). Schon im Alten Testament steht neben dem Gebot „Du sollst deinen Nächsten lieben wie dich selbst“ (Lev 19,18) das Gebot „Du sollst den Fremdling lieben wie dich selbst“ (Lev 19,34). Dieses Gebot kann die Diskussion über eine angemessene Migrationspolitik nicht ersetzen, verbietet uns aber, diese mit der Ausgrenzung bestimmter Menschen und festgefügten Feindbildern zu verbinden.

Wir haben ein klares Ja zu unserer demokratischen Staatsform: „Des Menschen Sinn für Gerechtigkeit macht Demokratie möglich, seine Neigung zur Ungerechtigkeit aber macht Demokratie notwendig“ (Reinhold Niebuhr). Wir informieren uns in politischen Fragen durch die öffentlich-rechtlichen Medien und seriöse Tageszeitungen. Die Kritik an manchen einseitigen Beiträgen in den Medien ist erlaubt und notwendig, ihre pauschale Verunglimpfung als „Lügenpresse“ oder „System-Medien“ aber weisen wir entschieden zurück. Wir nehmen die eigene Verantwortung wahr im Gespräch mit anderen, in der verantwortlichen Nutzung unseres Wahlrechts und im Gebet für Menschen in politischer Verantwortung.

Wir bitten die Schwestern und Brüder in unseren Gemeinschaften, sich in diesem Sinne respektvoll, sachlich und unaufgeregt am Gespräch über die politischen Fragen in unserem Land zu beteiligen – als einem Teil des Zeugnisses für Jesus Christus in ihrer Umgebung.

Der Gesamtvorstand des Gemeinschaftswerks Berlin-Brandenburg

Woltersdorf, den 27. Mai 2024

**Gemeinschaftswerk Berlin-Brandenburg innerhalb der Evangelischen Kirche e.V.**

Schleusenstr. 50, 15569 Woltersdorf; Tel. (03362) 8870 631, Fax (03362) 8870 639,  
E-Mail [info@gwbb.de](mailto:info@gwbb.de), Internet [www.gwbb.de](http://www.gwbb.de)